

Kirche in Südafrika

Unter dem Titel "Die Krise in Südafrika als Herausforderung an die Kirche" hielt C.F. Beyers Naudé aus Johannesburg (Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates), - nachdem ihm der diesjährige Herbert-Haag-Preis am 14. Januar 1988 in Tübingen verliehen worden war, - eine vielbeachtete Rede, die sich zum einen mit den verheerenden Folgen der Apartheid auseinandersetzte, andererseits die Frage nach der Verantwortung der Kirche innerhalb der Apartheid-Problematik stellte.

Ausgehend von der Feststellung, daß die Regierung und die große Mehrzahl der Weißen in Südafrika behaupten, es bestünde überhaupt keine ernsthafte Krise, zeichnete Beyers Naudé ein ganz anderes Bild dessen, was sich in den letzten Monaten und Jahren dort abspielte. Im Laufe von achtzehn Monaten seien allein 30000 Menschen verhaftet worden, die meisten ohne Anklage, von denen 10000 unter 18 Jahren waren. Wenn auch die Zahl der "Halskrausenmorde" zurückgegangen sei, so hätten Polizei und Armee immer noch Vollmacht zu willkürlichem und unkontrolliertem Auftreten.

MENSCHENRECHTE UND POLITISCHE GLEICHBERECHTIGUNG

Die eigentliche Krise in Südafrika sei die Mißachtung der Menschenrechte und der politischen Gleichberechtigung für die 22 Millionen Schwarzen, die bei einer Gesamtbevölkerung von 32 Millionen zwar eine numerische Mehrheit darstellten, aber keineswegs der weißen Minderheit gleichberechtigt gegenüberstehe. Die zentrale Frage sei allerdings die des Wahlrechts für die schwarze Bevölkerung. Gerade diesbezüglich nehme die Botha-Regierung aber eine entschieden negative Haltung ein. Beyers Naudé unterstrich, daß es niemals Frieden in Südafrika geben könne, solange dieser Konflikt zwischen schwarzen Forderungen nach wirksamer politischer Machtbeteiligung einerseits und weißer Verweigerung andererseits ungelöst bliebe. Insbesondere die beiden Gesetze über Rassentrennung und getrennte Wohngebiete aber hätten Rassismus zum Lebensprinzip einer Mehrzahl der Weißen erhoben.

TEUFLISCHE MACHT DER DESTABILISIERUNGSPOLITIK

Vor allem die konsequent durchgeführte Destabilisierungspolitik der Botha-Regierung hätten dazu geführt, ein breit gefächertes System von versteckter militärischer Kontrolle aufzubauen, um alle Ebenen der Gesellschaft überwachen zu können. Teil dieser Strategie sei die Einbeziehung ins System von allen sogenannten gemäßigten schwarzen Führern; meistens geschehe dies dadurch, daß man ihnen einträgliche Posten anbiete. Auf diese Weise werde das gesamte gesellschaftliche Leben unter direkte oder indirekte militärische Kontrolle gestellt. Auf diese Weise werde es auch möglich, alle Formen politischen Widerstandes erfolgreich zu unterdrücken. Auf der andern Seite und als Folge hiervon entwickelten die Unterdrückten ihre Strategien mehr und mehr im geheimen. Je brutaler und gewalttätiger die Sicherheitskräfte auftraten, umso radikaler und revolutionärer werde

Publik-Forum



Das Jesuskind halb schwarz, halb weiß: Linolschnitt von Azaria Mbatha

der Widerstand, so Beyers Naudé.

Absicht dieser Destabilisierungspolitik sei es ferner, den Eindruck zu erwecken, daß nicht Apartheid als Bedrohung angesehen wird, sondern ein von außen geführter Angriff, der mit Unterstützung marxistisch infiltrierter Mächte durchgeführt werde. Die Destabilisierungspolitik erscheine aber erst dann in ihrer ganzen teuflischen Macht, wenn man erkenne, daß sie sowohl die Außen- als auch die Innenpolitik Südafrikas als eine Politik bewußter und planmäßiger Destabilisierung umfasse.

FRIEDLICHER WIDERSTAND VERBOTEN

Im Gegensatz zu unseren westlichen Demokratien seien Protestformen wie Arbeiterstreiks, Boykotts

und bestimmte Formen zivilen Ungehorsams schon jahrelang ernsthaft eingeschränkt. Aufrufe zu legalen, friedlichen Protestaktionen, wie Miet- und Verbraucherboykotte und dergleichen, seien verboten, die Pressefreiheit - ohnehin schon erheblich eingeschränkt - noch weiter begrenzt worden. Der Regierung kritisch gegenüberstehende Pressorgane liefen Gefahr verboten zu werden. Die Regierung maße sich ebenfalls eine strikte Kontrolle über sogenannte radikale Universitätsdozenten und -studenten an, und drohe mit der Kürzung bzw. Einstellung der staatlichen Beihilfen (die pro Universität 80% ausmachen). Akademiker werden auf diese Weise gezwungen, Polizeiagenten oder Spitzel zu werden.